

Niederschrift

über die 1. öffentliche Sitzung
des Schulausschusses

am Mittwoch, dem **25.04.2012**, in **der Grundschule Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Besichtigung der Grundschule Sande**
- 3. Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung der Lehrer- und Elternvertreter**
- 4. Einwohnerfragestunde**
- 5. Sachstandsberichte**
 - 5.1. Sachstandsbericht zum Thema Inklusion**
 - 5.2. Sachstandsbericht zum Thema Ganztagsgrundschule**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Petra Ducci als Ausschussvorsitzende
Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsherr Oliver Kohls
Ratsherr Olaf Lies (MdL)
Beigeordneter Matthias Lührs
Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier
Beigeordneter Andreas Schindler

Vertreter/in der Lehrer

Annette Friedrichs
Horst-Dieter Loga
Susanne von Senden

Vertreter/in der Eltern

Sylke Lübben
Andreas Schlumperger

Zuhörer/in

Ratsherr Stephan Eiklenborg
Ratsfrau Annika Ramke ab 17.55 Uhr

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann
Gemeindeamtfrau Nadine Stamer
Verwaltungsfachangestellte Ruth Jürgens als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Ducci, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Besichtigung der Grundschule Sande**

Die Schulleiterin der Grundschule Sande begrüßte die Ausschussmitglieder und Gäste, stellte sich kurz vor und führte die Anwesenden durch die Schule, den Turnhallentrakt sowie den als „Grünes Klassenzimmer“ genutzten Gartenbereich und traf Ausführungen zu den einzelnen Räumlichkeiten. Auf die Fragen seitens der Ausschussmitglieder gab die Schulleite-

rin weitere detaillierte Auskünfte zur Ausstattung und zum Schulablauf.

Im Anschluss an die Besichtigung wurde die Sitzung um 17.46 Uhr in der Aula der Grundschule Sande weitergeführt.

3. Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung der Lehrer- und Elternvertreter

Bürgermeister Wesselmann wies die Lehrer- und Elternvertreter auf die ihnen nach den §§ 40 – 42 NKomVG obliegenden Pflichten (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot und Treuepflicht) hin.

Nach § 43 NKomVG verpflichtete Bürgermeister Wesselmann die Vertreter, ihre Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Die förmliche Verpflichtung jedes einzelnen Lehrer- und Elternvertreters erfolgte durch Handschlag.

4. Einwohnerfragestunde

- - -

5. Sachstandsberichte

5.1. Sachstandsbericht zum Thema Inklusion

Bürgermeister Wesselmann erläuterte eingangs, dass in Niedersachsen die inklusive Schule verbindlich zum Schuljahresbeginn 2013/2014 eingeführt wird. Es besteht aber die Möglichkeit, bereits ab Schuljahresbeginn 2012/2013 freiwillig mit der inklusiven Beschulung zu beginnen. Durch die Inklusion wird den Schülerinnen und Schülern ein barrierefreier und gleichberechtigter Zugang zu den niedersächsischen Schulen ermöglicht. Eltern von Kindern mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung erhalten das Wahlrecht, ob ihr Kind eine Regelschule oder eine Förderschule besuchen soll. In Anbetracht des erst kürzlich verabschiedeten, im Text selbst noch nicht vorliegenden Gesetzes und noch nicht bekannter Zahlen, machte Bürgermeister Wesselmann den Vorschlag, zunächst diesbezügliche Anfragen abzuwarten und dann entsprechend, ggf. auch mit baulichen Maßnahmen, zu reagieren.

Im Ausschuss folgte ein Meinungs- und Gedankenaustausch zu diesem Thema.

Ein Bedarf wurde im Ausschuss bereits dadurch vermutet, da I-Gruppen im Kindergartenbereich vorhanden sind und 4 – 5 Kinder in diesem Jahr eingeschult werden.

Ein Ausschussmitglied schlug vor, eine Bedarfsabfrage zu machen.

Seitens der Schulleiter wurde vorgetragen, dass ab dem nächsten Schuljahr in der Grundschule Neustadtgödens ein hörgeschädigtes Kind unterrichtet würde und ein gedämmter Raum hierfür bereits vorhanden sei. In den ggf. erforderlichen baulichen Maßnahmen wurde das geringste Problem gesehen, eher gibt es im innerschulischen Bereich Bedenken, zumal es auch verschiedene Förderschwerpunkte gibt. Aufgrund der noch nicht konkreten Rahmenbedingungen, ist eine Reaktion noch nicht möglich. Leistbar wurden der Bereich „Lernen“ oder körperliche Behinderungen gesehen, schwierig die Durchführung z. B. bei Kindern mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und Soziale Entwicklung“. Es wurde auch die Sorge über den möglichen „Verschleiß“ der Lehrkräfte bedingt durch fehlende Fortbildung u. a. ausgesprochen. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass Eltern von Kindern mit Förderbedarf erfahrungsgemäß schon früh gut informiert sind.

Von einem Ausschussmitglied wurde darauf aufmerksam gemacht, dass der Begriff „Inklusion“ wesentlich umfassender sei und den Eltern im Rahmen einer Informationsveranstaltung die Möglichkeiten aufgezeigt werden sollten. Weiter wurde für eine gemeinsame Fortbildung von Kräften der I-Gruppen des Kindergartens und der Schulen plädiert.

In Bezug auf Inklusion erging die Anfrage eines Ausschussmitgliedes an den Bürgermeister zum Thema „Bildungs- und Teilhabepaket“ wie folgt:

- Wie viel Geld ist der Kommune Sande im Zuge des Bildungs- und Teilhabepaketes (BTP) 2011 zugegangen? Welche Maßnahmen wurden konkretisiert? Eine Aufteilung nach Teilbereichen wird gewünscht.
- Was geschieht mit dem Geld, das nicht von Familien in Anspruch genommen wurde? Welche Summe ist noch nicht abgerufen worden?
- Was hat die Verwaltung unternommen und was wird sie in Zukunft unternehmen, um BTP weiterhin zu fördern?

Bürgermeister Wesselmann sagte die Beantwortung der Fragen zu, die als Anlage zum Protokoll bzw. als allgemeine Rats-Information allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden würde.

Ein Ausschussmitglied betonte, dass nunmehr gemeinsame Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um ein Umsetzen zu ermöglichen. Der Rechtsanspruch wurde jetzt geschaffen, aber wird in den Schulen bereits schon praktiziert. Daher sollte seitens der Gemeinde schon ab dem Schuljahr 2012/2013 mit der Einführung begonnen werden.

Abschließend wurde aus dem Fachausschuss heraus die Zustimmung

signalisiert, die inklusive Schule bereits ab dem Schuljahr 2012/2013 an den Sander Grundschulen einzuführen und beantragt, einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu fassen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Sande soll von der Möglichkeit Gebrauch machen, bereits ab Schuljahresbeginn 2012/2013 die inklusive Schule an den drei Sander Grundschulen einzuführen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

5.2. Sachstandbericht zum Thema Ganztagsgrundschule

Einleitend erläuterte Bürgermeister Wesselmann die derzeitige Situation und warf daraus resultierende Fragen auf, die zu überlegen sind. Er unterstrich, dass die Einrichtung einer Ganztagsgrundschule von Schule, Eltern und Politik unterstützt werden muss. Da der Elternwille hierfür besonders entscheidend ist, schlug er vor, durch eine Informationsveranstaltung oder Elternbefragung den Bedarf zu ermitteln, und gab das Thema zur Diskussion frei.

Seitens der Elternvertreter wurde die Meinung vertreten, dass die Ganztagsgrundschule den Hort in Bezug auf die Qualität der Betreuung nicht ersetzen könnte und nur in Kooperation mit dem Hort mit einem gemeinsamen Ansprechpartner möglich erscheint. Die Gemeinde sollte den Hort übernehmen und finanzschwachen Eltern eine Unterstützung gewähren.

Die Lehrervertreterin der Grundschule Sande wies darauf hin, dass in der Ganztagsgrundschule nachmittags nicht nur eine pädagogische Betreuung stattfinden würde, sondern auch von anderen Personen, die eigenverantwortlich in den Räumen tätig wären. Es sollte Ziel sein, die gute Qualität beizubehalten.

Auf die Frage eines Ausschussmitgliedes bezüglich des Entscheidungsgremiums, erläuterte der Bürgermeister, dass der Schulträger den Antrag stellen kann, auch gegen den Willen der Schulleitung, nicht aber umgekehrt.

Im Ausschuss wurde es als wichtig angesehen, eine Bedarfsermittlung durchzuführen, die nach einer zielgerichteten Informationsveranstaltung für die Eltern erfolgen sollte.

Um sich ein besseres Bild zu machen, seien aber noch mehr Informationen erforderlich. Daher sollten die Erfahrungen bereits laufender Ganztagsgrundschulen in Bezug auf zeitliche und inhaltliche Angebote, die Fi-

nanzierung u. a. herangezogen und ein Besuch an einer Schule durchgeführt werden. Es sollte angestrebt werden, qualitativ das Beste zu ermöglichen.

Bürgermeister Wesselmann schlug vor, zunächst mehr Informationen zu sammeln durch Abfragen bei anderen Gemeinden sowie Vorortbesichtigung einer Schule und danach eine Informationsveranstaltung vorzusehen, zu der auch die Bildungsregion mit eingeladen werden könnte.

Es wurde im Ausschuss der Antrag gestellt, zur weiteren Information die im Ausschuss diskutierten Anfragen an die Verwaltung zu geben und in den Fraktionen und Gruppen zu beraten. Der vorgeschlagenen Vorgehensweise wurde im Fachausschuss einstimmig zugestimmt.

Fraktionsberatungen:

Zur weiteren Information werden die im Ausschuss diskutierten Anfragen an die Verwaltung gegeben und in den Fraktionen und Gruppen beraten.

6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes erläuterte die Schulleiterin, dass die Grundschule um 7.40 Uhr aufgeschlossen und der Unterricht um 7.50 Uhr beginnen würde. Von dem Ausschussmitglied wurde angeregt, die Tür bereits 10 Minuten früher zu öffnen, damit die schon eher anwesenden Kinder Einlass erhalten könnten.
- b) Ein Ausschussmitglied wies auf den Kindertagesstättenbedarfsplan hin und regte an, die sich aus den Zahlen ergebenden Auswirkungen im Fachausschuss zu beraten.

Schluss der Sitzung: 19:25 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin